

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

Amtliches Publikationsorgan

90 Rp.

AKTUELL

73 000 Unterschriften gegen Pflichtzölibat



Der Schweizerischen Bischofskonferenz (links im Bild Präsident Henri Salina, zusammen mit Othmar Hofmann von der Pfarrei Hünenberg) sind gestern in Morges (VD) 73 000 Unterschriften gegen den Pflichtzölibat und für das Priesteramt für Frauen übergeben worden. Die Petition war in der Pfarrei Hünenberg (ZG) gestartet und von verschiedenen Verbänden unterstützt worden. Auslöser für die Petition war der Rücktritt des Basler Bischofs Hansjörg Vogel, der Anfang Juni bekanntgab, er werde Vater. Die Petition verlangt nun nicht nur die Aufhebung des Pflichtzölibats, sondern auch das Diakonat und das Priesteramt für Frauen. Sie war von verschiedenen basiskirchlichen Organisationen, vom katholischen Frauenbund und vom «Beobachter» unterstützt worden.

Stiftung «Pro Helvetia» erhält weniger Geld

Die Stiftung «Pro Helvetia» soll in den kommenden vier Jahren für die Erfüllung ihrer kulturellen Tätigkeiten mit 118 Millionen Franken auskommen. Mehr Mittel wären zwar wünschbar, angesichts der knappen Bundesfinanzen aber nicht möglich, teilte die vorberatende Nationalratskommission gestern mit. Die Kulturstiftung «Pro Helvetia» wird von der nationalrätlichen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) aufgefordert, in dieser finanziellen «Kälteperiode» auch bei der Mittelbeschaffung besondere Kreativität an den Tag zu legen.

Die Naturkatastrophen bilden das grösste Risiko

In der Schweiz ist das Risiko von Naturkatastrophen wie Erdbeben und Hochwasser weit grösser als die Gefahr von technischen Störfällen. In Franken beträgt das Katastrophenrisiko in der Schweiz 24 Milliarden Franken pro Jahr, wie eine Untersuchung im Auftrag des Bundesamtes für Zivilschutz aufzeigt. Naturkatastrophen haben mit rund 60 Prozent den grössten Anteil am Katastrophenrisiko, gefolgt von gesellschaftlichen Notlagen mit 30 Prozent und technischen Störfällen mit zehn Prozent. Bei den einzelnen Gefahren stehen Erdbeben mit einem Anteil von 30 Prozent am Gesamtrisiko an der Spitze, wie aus dem gestern veröffentlichten Bericht «Katastrophen- und Nothilfe in der Schweiz (Katanos)» hervorgeht. Es folgen Epidemien mit einem Risikoanteil von 25 Prozent und Hochwasser mit zehn Prozent.

Bundesratswahl im Zentrum der Herbstsession

Die Wahl eines neuen Bundesrates steht im Zentrum der in zwei Wochen beginnenden Herbstsession der Eidgenössischen Räte. Daneben werden der Sondersatz für die Hotellerie bei der Mehrwertsteuer und die Neat zu reden geben, wie dem gestern veröffentlichten Sessionsprogramm zu entnehmen ist.

«Freude herrscht» über gelungene Gemeinschaftsbriefmarke

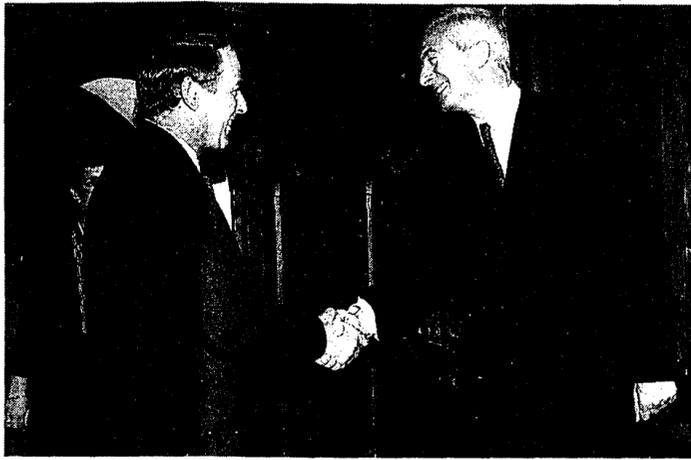
Festakt auf der Rheinbrücke Vaduz - Sevelen zur Herausgabe einer Gemeinschaftsbriefmarke Schweiz - Liechtenstein gestern vormittag

(G.M.) - Das 75jährige Bestehen des Postvertrages zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein ist am Montag vormittag mit einem Festakt auf der historischen Rheinbrücke Vaduz - Sevelen gefeiert worden. Bei diesem Anlass kam es zum Austausch einer Gemeinschaftsbriefmarke, die in beiden Ländern Gültigkeit hat. Die gemeinsame Briefmarke soll, wie Regierungsrätin Dr. Cornelia Gassner in ihrer Ansprache ausführte, als Symbol für eine «ungetrübte postalische Zusammenarbeit bis in unsere Gegenwart» gelten.

«Freude herrscht über die gelungene Gemeinschaftsbriefmarke», sagte Bundesrat Adolf Ogi, sein vielzitiertes Wort über den Ausdruck der allgemeinen Freude gebrauchend, als er in der Mitte der Holzbrücke Vaduz - Sevelen eine Bildtafel der neuen Briefmarke mit den beiden liechtensteinischen Regierungsrätinnen, Dr. Cornelia Gassner als Ressortinhaberin für das Postwesen und Dr. Andrea Willi als Aussenministerin, austauschte. Die Regierungsvertreter waren mit einer nostalgischen Postkarte auf der schweizerischen bzw. liechtensteinischen Seite zur Rheinbrücke gefahren, um das Postvertragsjubiläum mit der Präsentation einer gemeinsamen Briefmarkenausgabe zu feiern.

Symbol für Zusammenarbeit

Die zur Fahrt benützten Postkutschen symbolisierten, erklärte Regierungsrätin Dr. Cornelia Gassner, die «langen, idyllischen Beziehungen» auf dem PTT-Sektor zwischen der Schweiz und Liechtenstein. Mit dem Postvertrag habe Liechtenstein während 75 Jahren «schweizerische Post- und Fernmeldedienstleistungen von erstklassiger Qualität» erhalten, unterstrich die Regierungsrätin bei der Abstattung des liechtensteinischen Dankes für die «reibungslose, langjährige Zusammenarbeit» auf dem Gebiete des



Bundesrat Adolf Ogi wurde nach der Briefmarken-Übergabe auf der Rheinbrücke Vaduz - Sevelen von Fürst Hans-Adam II. auf Schloss Vaduz empfangen.

Post- und Fernmeldewesens. Für die liechtensteinische Wirtschaft, die in diesem Zeitraum der Vertragsgültigkeit eine internationale Dimension erreicht habe, seien diese Dienstleistungen unabdingbar gewesen. Sie verschwiegen nicht, dass auch der Staatshaushalt bei dieser Entwicklung mitprofitieren konnte.

Herausgabe einer Gemeinschaftsbriefmarke

Im Mittelpunkt des Festaktes stand der Austausch der neuen Gemeinschaftsbriefmarke Schweiz - Liechtenstein, die aufgrund der Aufschriften «Helvetia» und «Fürstentum Liechtenstein» in beiden Ländern gleichermaßen gültig ist. Die mit farbigen Bändern die verschiedenen Verbindungen zwischen den beiden Nachbarstaaten symbolisierende Briefmarke ist nach den Worten von Aussenministerin Dr. Andrea Willi die erste

gemeinsam von zwei Staaten herausgegebene Briefmarke mit unbeschränkter Gültigkeit in beiden Staatsgebieten. Dieses gemeinsame Werk dokumentiert nach den Worten von Bundesrat Adolf Ogi, dass die Zukunft in den Beziehungen Schweiz - Liechtenstein neu begonnen habe. Mit der Herausgabe einer Gemeinschaftsbriefmarke sei lange zugewartet worden, weil Liechtenstein und die Schweiz als Konkurrenten auf dem Briefmarkenmarkt auftreten würden, weil das Fürstentum Liechtenstein trotz Postvertrag mit der Schweiz seit 1921 eigene Briefmarken herausgebe. Der Rhein, der auf der Briefmarke dargestellt werde, sei ein verbindendes, nicht ein trennendes Element.

Rückblick auf Postvertrag

In ihren Ansprachen gingen Bundesrat Adolf Ogi und Regierungsrätin Dr. Cor-

nelia Gassner auch auf die Bedeutung des Postvertrages für das Fürstentum Liechtenstein ein. Obwohl dieses Vertragswerk bereits ein Alter von 75 Jahren aufweise, erklärte Bundesrat Ogi, hätten sich keine Abnützungerscheinungen ergeben, weil der Dialog zwischen den Vertragspartnern immer weiter gegangen sei. Der Vertrag habe auch standgehalten, als es 1978 bei der Revision um das Geld - nämlich um die volle Abgeltung der PTT-Leistungen durch Liechtenstein - ging. Post und Telekommunikation befinden sich nach seinen Worten derzeit weltweit im Umbruch, was Anpassungen in diesen Bereichen notwendig mache, um nicht abseits zu stehen. Der Bundesrat habe deshalb den Auftrag für eine Reorganisation der PTT sowie zur Totalrevision des Postverkehrsgesetzes und des Fernmeldegesetzes erteilt. Die mit der damit verbundenen Abschaffung des PTT-Monopols zum Ausdruck kommende Rechtsentwicklung trifft Liechtenstein nach den Worten von Regierungsrätin Gassner auch über den EWR-Beitritt.

Gespräche über Revision des Postvertrages

Liechtenstein begrüsst nach ihrer Erklärung diese Liberalisierung, weil damit neue wirtschaftliche Möglichkeiten für Liechtenstein eröffnet würden. Die enge Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Liechtenstein im Post- und Telekommunikationsbereich soll fortgesetzt werden. Die Liberalisierungsschritte erfordern laut Regierungsrätin Gassner jedoch eine Anpassung des 1920 abgeschlossenen und 1978 revidierten Postvertrages. Erste Informationsgespräche über die Auswirkungen der anstehenden Veränderungen im Fernmeldebereich auf das bilaterale Verhältnis sollen in nächster Zeit aufgenommen werden. Mehr über den Festakt auf Seite 2 und 3.



Mit einer Kutsche aus dem PTT-Museum Bern reiste Bundesrat Adolf Ogi, begleitet vom Seveler Gemeindeammann, zur Rheinbrücke Vaduz.



Die beiden Regierungsrätinnen, Dr. Cornelia Gassner und Dr. Andrea Willi, kamen mit der Kutsche zum Treffen mit Bundesrat Adolf Ogi.

Einkommen der Bauern ist 1994 gesunken

Ein Schweizer Bauer auf einem Talbetrieb hat 1994 durchschnittlich 123 Franken pro Arbeitstag verdient. Das sind fünf Franken weniger als im Jahr zuvor. Der Grund dafür liegt bei den tieferen Naturerträgen, wie die Eidgenössische Forschungsanstalt für Agrarwirtschaft und Landtechnik (FAT) errechnete. Bei den Bergbetrieben blieb der durchschnittliche Tagesverdienst auf dem Vorjahresniveau von 86 Franken, schreibt der Landwirtschaftliche Informationsdienst (LID) gestern. Das durchschnittliche landwirtschaftliche Einkommen zwischen 1992 und 1994 ist bei den Talbetrieben gleich hoch wie in der Periode von 1982 bis 1984, bei den Bergbetrieben entspricht es dem Einkommen zwischen 1986 und 1988.

Die Weltfrauenkonferenz ist eröffnet

Botschafterin Claudia Fritsche beeindruckt vom ersten Konferenztag

(k.h.) - Gestern wurde die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking eröffnet. Botschafterin Claudia Fritsche ist gut in Peking angekommen und vertritt in den nächsten Tagen Liechtenstein als Delegierte auf Expertenebene an der Konferenz.

Das VOLKSBLATT hat sich telefonisch mit Botschafterin Claudia Fritsche über ihre ersten Eindrücke und Erlebnisse in Peking unterhalten. Claudia Fritsche zeigte sich sehr beeindruckt von den Eröffnungsfestlichkeiten (10 000 Personen). Vor allem die Rede der pakistanischen Premierministerin Benazir Bhutto fiel gemäss Claudia Fritsche sehr eindrücklich aus.

Claudia Fritsche wird heute erstmals aktiv im Einsatz sein und im Anschluss an die

Koordinierungssitzung mit VertreterInnen der westlichen Staatengruppe, zwischen dem Plenum und einer der Hauptkommissionen pendeln, die sich mit der Finalisierung des Schlussdokumentes befassen. Bereits an ihrem ersten Tag in Peking hatte sie telefonisch Kontakt mit Christel Hilti und Veronika Marxer, welchen es am NGO-Forum sehr gut gehe. Das Angebot in Huairou sei «erdrückend» und die Erfahrungen und Eindrücke sehr intensiv. Mühsam sei der sehr lange Weg von ihrem Hotel zum NGO-Forum und auch die Orientierung bzw. Beschilderung am Forum selbst sei ein grosses Problem. Voraussichtlich werden sich die Liechtensteinerinnen morgen zu einem Gedankenaustausch treffen. (Mehr dazu auf Seite 15)

Leuenberger steigt ins Bundesrats-Rennen

Zürich/Bern (AP) Der Zürcher Regierungsrat Moritz Leuenberger steigt ins Rennen um die Nachfolge von Otto Stich im Bundesrat. Er wolle zeigen, dass Zürich nicht nur aus Christoph Blocher bestehe, sagte Leuenberger. Der Zürcher Freisinn meldete umgehend Widerstand an. Die SP-Frauen machen gegen eine blosse Männerauswahl mobil.

Das Kandidatenkarussell für die Nachfolge von Bundesrat Stich gewinnt an Schwung, nachdem der Freiburger Ständerat Otto Piller am vergangenen Donnerstag als erster aufgesprungen war. Mit dem Zürcher Regierungs- und Nationalrat Leuenberger erklärte sich nun gestern einer der Kronfavoriten offiziell zur Kandidatur bereit.